

B3: Unsere Grundwerte: Freiheit-Gerechtigkeit-Solidarität

Antragsreihe Soziale Gerechtigkeit – Teil 7:

Die Antragsreihe 'Soziale Gerechtigkeit' befasst sich ausdrücklich mit der Ungerechtigkeit in diesem Land. Jenseits von subjektiven Ängsten und Wahrnehmungen werden anhand der Analyse objektiver gesellschaftlicher Mißstände konkrete Verbesserungsvorschläge zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit auf regionaler, nationaler und globaler Ebene gemacht.

Leitbild der Antragsreihe 'Soziale Gerechtigkeit' ist eine soziale und freie Gesellschaft, in der die Würde jedes einzelnen Menschen unabhängig von dessen ökonomischer Verwertbarkeit respektiert wird. Wir wollen die sozialen Voraussetzungen schaffen, damit jeder von seinem Recht auf ein selbstbestimmtes Leben Gebrauch machen kann.

Unsere Grundwerte: Freiheit-Gerechtigkeit-Solidarität

Die Resolution ist ein Impuls-Beitrag zur Grundsatzprogramm-Debatte.

Wir stehen als moderne Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine linke Politik, die sich auf der Basis der Traditionen der Arbeiterbewegung und der Ideen des Demokratischen Sozialismus ständig weiterentwickelt und modernisiert. Auf der Grundlage unserer Vision von einer gerechten, demokratischen, offenen, toleranten und den Mensch achtenden Gesellschaft und im Bewusstsein, dass der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen grundsätzlich Vorrang vor allen anderen politischen Motivationen zu gewähren ist, geben sich die Jusos Hessen-Süd folgendes Programm:

Der Dreiklang „Freiheit - Gleichheit – Solidarität“

Die Gesellschaft ist für uns mehr als eine Summe von nebeneinander her oder gar ausschließlich in Konkurrenz lebender Individuen. Unser Gesellschaftsbild ist geprägt vom Ideal der gesamtgesellschaftlichen Solidarität und der gegenseitigen Verantwortung füreinander aber auch der Verantwortung des oder der Einzelnen für die gesamte Gesellschaft. Im Rahmen dieser Verantwortung muss es dem oder der Einzelnen möglich sein, sich selbst so weit dies irgend machbar ist, zu entfalten und zu verwirklichen. Wir bekennen uns zu Freiheit und Selbstbestimmung als zentrale Errungenschaften einer modernen Demokratie.

Dabei ist uns bewusst, dass die individuellen Möglichkeiten der Selbstentfaltung von unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen bestimmt sind. Gleichheit bedeutet für uns neben der rechtlichen Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger unter anderem auch, diese Unterschiede auszugleichen und so tatsächlich für alle die gleichen Chancen zu gewährleisten.

Diese Ideale können und wollen wir im Rahmen unserer repräsentativen parlamentarischen Demokratie verwirklichen.

B) Die Große Koalition

1. Der entscheidende Punkt für die Zukunftsfähigkeit der deutschen und der europäischen Wirtschaft ist die Qualifikation der Menschen. Zentral für uns ist, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält, denn dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür ein selbstbestimmtes Leben aufbauen zu können.

Dafür tragen die Unternehmen die soziale und gesellschaftliche Verantwortung, in die die Politik sie notfalls zwangsweise zu nehmen hat. Wir stehen zudem für ein dauerhaftes, lebenslanges Lernen, das nicht allein durch die Interessen des jeweiligen Arbeitgebers geprägt sein darf. Neben der Verbreiterung der beruflichen Qualifikation müssen auch die politischen Rahmenbedingungen für die selbstbestimmte Fort- und Weiterbildung (beispielsweise Bildungsurlaub, Volkshochschulen) entschieden ausgebaut werden.

Wirtschaftsförderung ist Mittelstandspolitik

Die deutsche Wirtschaft ist vom Mittelstand geprägt. Hier entsteht ein Großteil der Wertschöpfung und der Arbeitsplätze. Eine gezielte Mittelstandsförderung ist daher unerlässlich. Dazu gehört auch, die bisherige Praxis der an den Bedürfnissen der Großunternehmen orientierten Wirtschaftsförderung zugunsten einer auf den Mittelstand ausgerichteten Wirtschaftsförderung zu revidieren.

ArbeitnehmerInnenrechte sichern

Die Rechte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlter Urlaub, Arbeitsschutz, Streikrecht oder der Schutz vor willkürlicher Kündigung dürfen nicht angetastet werden. Die betriebliche Mitwirkung und Mitbestimmung sowie die Fortbildungsmöglichkeiten wollen wir wieder ausbauen.

Damit auch auf internationaler Ebene Belegschaften nicht gegeneinander ausgespielt werden, wollen wir die Schaffung und Stärkung internationaler ArbeitnehmerInnenstrukturen.

2. Die Politik der SPD muss „Sozialhilfekarrieren“ bereits im Vorfeld wirksam verhindern. Allerdings darf aus diesem Anspruch auf Prävention nicht geschlussfolgert werden, sozialstaatliche Leistungen zu kürzen oder gar zu streichen. Die Autonomie des Einzelnen ist natürlich auch in Zukunft eng mit der Verfügung über Ressourcen verknüpft. In einer solidarischen Gesellschaft darf der Staat nicht nur fordern, sondern hat ausdrücklich auch die Pflicht zu fördern. Wie aber die einzelne Bürgerin und der einzelne Bürger auf die verbrieftete Unterstützung des Staats (und damit der gesamten den Staat bildenden Bevölkerung) zählen kann, so hat auch das Individuum stets eine Verpflichtung gegenüber der gesamten Bevölkerung. Dieser Grundgedanke von wechselseitiger Solidarität und Gerechtigkeit zwischen der einzelnen Person und der Gesamtbevölkerung war bereits innerhalb der Arbeiterbewegung zentrale Voraussetzung für ein funktionierendes Miteinander und wird es auch in der Zukunft der sozialen Demokratie sein.

C) Grundwerte

1. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen in keinem Rangverhältnis, sondern in einer Gleichordnung. Sie bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Freiheit ist nicht ohne soziale Gerechtigkeit, denkbar. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Chance zur Freiheit nutzen. Gerechtigkeit bedeutet für uns Gerechtigkeit im Ergebnis. Eine Unterteilung von Gerechtigkeit in zwei Klassen, wie mit dem Konzept der Chancengerechtigkeit angestrebt wird es mit uns nicht geben.

2. Bildungsgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit sind zwei Seiten einer Medaille. Soziale Gerechtigkeit fördern heißt den sozialen Aufstieg durch Bildung ermöglichen. Gleichzeitig wollen wir, dass zwischen Reichen und Armen jetzt und heute umverteilt wird. Wir Sozialdemokraten kämpfen gegen soziale Privilegien in allen gesellschaftlichen Alterskohorten.

3. Die Anerkennung der Würde des Menschen unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit wurde im Bremer Entwurf richtig umrissen. Dies muss uneingeschränkt auch für Nichtdeutsche gelten. Einwanderung nach Leistungsfähigkeit zu klassifizieren ist inhuman. Alle Menschen haben für uns den

gleichen Wert. Die unterschiedliche Bewertung über Gruppenzugehörigkeit lehnen wir ab. Wir setzen uns für die Überwindung von Geschlechterrollen ein.

4. Die Bundeswehr darf nur in kriegerische Handlungen eingreifen, wenn wir oder ein Bündnispartner direkt angegriffen werden. Das bedeutet, es liegt uns eine Kriegserklärung des entsprechenden Landes vor oder eine Armee eines Landes steht in unserem oder in einem unserer Bündnisländer. Im Inland und Ausland (nach Erlaubnis des entsprechenden Landes) darf die Bundeswehr eingesetzt werden um Katastrophenschutz zu leisten. Wir dürfen die Bundeswehr auch in ein anderes Land (mit der Erlaubnis der entsprechenden Regierung) entsenden, um polizeiliche Aufgaben wie die Absicherung demokratischer Wahlen zu gewährleisten. Mit entsprechendem UN-Mandat darf auch die Bundeswehr in einem souveränen Staat gegen dessen Willen intervenieren, um einen Genozid zu verhindern.

D) Sozialdemokratische Perspektiven

1. Die SPD muss sich als linke Volkspartei der sozialen Gerechtigkeit wieder klar für die kleinen Leute positionieren. Zur gerechten Verteilung von Einkommen muss sich die SPD klar für eine verfassungskonforme Erbschaftssteuer und zudem für eine Vermögenssteuer einsetzen. Zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit wollen wir die flächendeckende Einrichtung von Universalschulen („Eine Schule für alle“), damit alle Kinder die gleichen Chancen auf sozialen Aufstieg haben.

2. Eine erneuerte SPD muss Globalisierung politisch und sozial gestalten. Eine globalisierte Welt birgt Chancen und Risiken. Keineswegs ist die Globalisierung ein Sachzwang zur Kürzung von Sozialleistungen und Senkung von Löhnen. Wir wollen eine politische Globalisierung, die Entwicklung ermöglicht und Lebensstandard sichert. Dazu fordern wir in einem ersten Schritt eine gemeinsame Initiative der sozialdemokratischen Parteien Europas zur politischen Gestaltung des EU-Binnenmarktes. Lohn-, Sozial- und Steuerdumping kann und muss unterbunden werden.

Die moderne SPD erkennt die Sorgen und Nöte der Menschen an. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen verstehen wir als sozial gestaltbar. Die SPD ist uns bleibt die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Wir geben uns nicht mit dem Status Quo zufrieden, sondern setzen uns für die Verbesserung von Lebensbedingungen aller Menschen, Deutschen und Ausländern, Alter und Junger, Männer und Frauen ein.

Angenommen: Der Antrag wurde mit den Änderungsanträgen des UB-Offenbach abgestimmt. Die beschlossenen Änderungen wurden eingearbeitet. Die geänderte und ergänzte Fassung wird mit der Mehrheit der Delegierten beschlossen.

Zur Weiterleitung an: SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion